

# Das Ziel der Politiker ist doch eine Knebelung der Hausärzte

Ein Briefwechsel zwischen Basis und FMH im Anschluss an die Ärztedemonstration auf dem Bundesplatz in Bern vom 1. April 2006

Sehr geehrter Herr de Haller

Die Demonstration auf dem Bundesplatz ist erfreulicherweise sehr gut gelungen, wozu ich Ihnen und Ihren Mitarbeitern gratuliere. Einen Wermutstropfen stellt leider das Auftreten von Frau S. Somaruga dar. Ich meine, dass diese Politikerin nicht hätte eingeladen werden dürfen, weil ihre Absicht und Meinung seit langer Zeit bekannt sind und diese Frau die Ärzteschaft und die Patienten in eine sehr gefährliche und falsche Richtung zu beeinflussen versucht. Das Ziel von Frau Somaruga und der übrigen Politiker (welche sich zum grossen Teil durch ihre Kassenverwaltungsmandate beeinflussen lassen) ist doch eine Knebelung der Hausärzte, indem eine progrediente Degradierung dieser zu Versicherungsangestellten bewirkt werden soll. Man kann daher vor jeglicher Auflockering oder sogar Auflösung des Vertragszwanges nur warnen. Damit könnte nämlich eine zwangsweise Umsiedelung der übrig bleibenden Hausärzte in ländliche Mangelgebiete zu von den Kassen diktierten Bedingungen und für die Städte und Agglomerationen der Ersatz der Hausärzte durch kasseneigene HMO-Zentren bewirkt werden. Dies ist sicher auch die versteckte Absicht der Politiker, des BAG und der Kassenfunktionäre. Es wäre auch einmal juristisch abzuklären, ob dieses immer enger geschnürte Korsett der Hausärzte nicht einen massiven Eingriff in die Gewerbefreiheit darstellt, wie sie jedem Schweizer Bürger garantiert ist. Wenn wir uns jetzt nicht in ganz aggressiver Art weiter wehren, stehen wir mit 100-prozentiger Sicherheit auf verlorenem Posten.

*Freundliche Grüsse*  
**Dr. med. P.J. Huber**  
 Innere Medizin FMH  
 3122 Kehrsatz  
 E-Mail: [pj.huber@bluewin.ch](mailto:pj.huber@bluewin.ch)



«Die Zukunft gehört der koordinierten Medizin, den Managed-Care-Modellen ...»  
 Simonetta Sommaruga, Ständerätin, Bern

## Replik

Lieber Kollege

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 3.4.2006, die Ärztedemonstration vom 1. April betreffend, welches ich mit grossem Interesse gelesen habe.

Allerdings möchte ich Sie darauf hinweisen, dass nicht die FMH die Organisation der Demonstration übernommen hat, sondern die Schweizerische Gesellschaft für Allgemeinmedizin. Deshalb kann ich keine persönliche Stellungnahme auf die in Ihrem Schreiben erwähnten Punkte abgeben.

*Mit freundlichen Grüssen*  
 FMH  
 Dr. J. de Haller, Präsident

## Duplik

Sehr geehrter Herr Kollege de Haller

Besten Dank für Ihre Antwort auf mein Schreiben vom 3.4.2006. Auf die von mir in diesem Brief angesprochenen Probleme sind Sie leider nicht eingegangen. Die Erhaltung einer qualitativ guten Grundversorgung ist eben wesentlich von der



Politiker, Behörden und Tarifpartner lassen die Hausärztinnen und Hausärzte in entscheidenden Momenten im Regen stehen – selbst wenn die Sonne scheint ...

Aktivität der FMH abhängig. Leider ist diese Aktivität bis jetzt nicht befriedigend. Wir riskieren daher, wenn von uns nicht wesentlich aggressiver vorgegangen wird, von den im Gesundheitswesen aktiven Parlamentariern, welche leider meistens gleichzeitig Mitglieder der Krankenkassenverwaltungsräte sind (und damit wegen Interessenkonflikten nicht die Fähigkeit haben, neutral im Sinne der Patienten zu regieren), erdrückt zu werden. Vielleicht haben wir innerhalb unserer Reihen auch zu wenig professionelle Berater, welche uns nach aussen wirksam vertreten können. Die jüngste gegen uns gerichtete Medienaussage vom 18.4.2006, welche auf der undifferenzierten und falschen Statistik der Santésuisse beruht, muss von den Ärzten, das heisst von der FMH, mithilfe unserer eigenen sehr differenzierten Statistik vehement öffentlich widerlegt werden.

Es geht unseren Gegnern mit solchen Attacken ja nur um die Forcierung der Aufhebung beziehungsweise der Aufweichung des Vertragszwangs und damit um die Umwandlung der Medizin in Ökonomie, was dann überhaupt nicht mehr mit dem Eid des Hippokrates und auch nicht mehr mit freiem Unternehmertum vereinbar ist. Dagegen sollten wir strikte das Referendum

androhen. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die ständige Kostensteigerung in der Medizin hauptsächlich durch die sich laufend verbessernde sehr teure technische Medizin und zum Teil durch die immer besseren medikamentösen Behandlungen und das durch beides bewirkte höhere Alter der Bevölkerung bedingt ist. Es ist von den Politikern völlig unehrlich, dass sie diese Tatsache unterdrücken wollen und den schwarzen Peter den Ärzten zuschieben. Auch durch Fesselung und Bestrafung der Grundversorger lässt sich dieses Problem nicht lösen. Eine wesentliche Verbesserung würden jedoch eine Einheitskasse, die direkte Bezahlung einer vernünftigen Basismedizin über die Steuern sowie finanziell nicht eingeschränkte Hausarztssysteme mit Verpflichtung des Patienten für mindestens ein Jahr bringen. ■

*Dr. med. P.J. Huber  
Innere Medizin FMH  
3122 Kehrsatz  
E-Mail: [pj.huber@bluewin.ch](mailto:pj.huber@bluewin.ch)*